Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/1741

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, den 5. Dezember 1963

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Haushalt des Europarates**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Zimmer, Frau Dr. Hubert und Genossen**
— Drucksache IV/1644 —

Die Kleine Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit den Herren Bundesministern des Innern und der Finanzen wie folgt:

Zu 1.

Der Beratende Ausschuß für das Europäische Dienstrecht, an dessen Arbeiten Sachverständige der Bundesregierung maßgeblich beteiligt waren, hat dem Ministerkomitee des Europarats den Entwurf eines Musterstatuts für den europäischen öffentlichen Dienst vorgelegt. Die Bundesrepublik Deutschland hat daraufhin vorgeschlagen, eine Regierungskonferenz der Vertreter aller Mitgliedstaaten der europäischen Organisationen einzuberufen, die die Aufgabe haben soll, das Musterstatut in seiner endgültigen Fassung festzulegen und zugleich Empfehlungen für seine Übernahme in den verschiedenen Organisationen auszusprechen. Damit sollen die Voraussetzungen für die Annahme eines weitgehend einheitlichen Dienstrechts auch über den Europarat hinaus geschaffen werden. Das Ministerkomitee hat sich diesen deutschen Vorschlag zu eigen gemacht. Die Konferenz ist am 5. November 1963 zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Sie wird ihre Beratungen im Januar 1964 fortsetzen.

Der Entwurf des Musterstatuts sieht auch eine Pensionsregelung vor, über die die Konferenz zu beraten haben wird. Unabhängig hiervon ist das Ministerkomitee des Europarats bereits mit der Prüfung des Entwurfs einer Pensionsordnung für die Bediensteten des Europarats befaßt. Die deutsche Delegation hat im Interesse eines einheitlichen Rechts im europäischen öffentlichen Dienst beantragt, den Entwurf dem Koordinierungsausschuß für Besoldung in Paris zu überweisen. Dieser Vorschlag ist aber vom Ministerkomitee bisher nicht angenommen worden.

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Bulsdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 63551

Zu 2.

Die Bundesregierung ist im Ministerkomitee des Europarats für die Annahme der Vorschläge der Stellungnahme Nr. 38 zum Haushalt des Europarats eingetreten, die auch die Bereitstellung von Mitteln für die Betreuung jugendlicher Besucher des Europarats vorsehen.

Schröder